

# Kritik an NFA und Sozialhilfe

***AvenirSocial Graubünden kritisiert die Absicht der Regierung, an der Kommunalisierung der Regionalen Sozialdienste festzuhalten.***

Die Regierung tut dies ohne Vorzeichen dieser Verschiebung aufzuzeigen und obwohl verschiedene Parteien, eine grosse Mehrheit der Bündner Gemeinden und die Organisationen des Sozialbereichs, diese in der Vernehmlassung klar abgelehnt haben, schreibt AvenirSocial in einer Mitteilung. Am 12. März um 18 Uhr organisiert AvenirSocial eine öffentliche Informationsveranstaltung im Saal des Restaurants «Vabene» in Chur zu

den Auswirkungen der Bündner NFA auf den Sozialbereich.

## **Kompliziert**

AvenirSocial anerkenne die Bemühungen der Bündner Regierung mittels einer Reihe von Vorgaben negative Auswirkungen auf den Zugang und die Qualität der Sozialberatung zu vermindern. Diese reichten aber klar nicht, um das erfolgreiche Bündner System der Sozialhilfe zu erhalten, schreibt die Organisation. Bisher war der Kanton für übergeordnete Fragen und die Sozialberatung in den Regionalen Sozialdiensten zuständig, die Gemeinden für die materielle Sozialhilfe. Die Verschiebung der Sozialberatung zu den Gemeinden bedingt eine Reihe

von Vorgaben durch den Kanton betreffend Organisation und Finanzierung, welche die Aufgabenerfüllung unnötig kompliziert und schlecht steuerbar machten. Im Bereich der Sozialhilfe werde damit ein einfaches, bewährtes System verkompliziert.

Wirksame Armutspolitik müsse zudem durch Wirtschafts-, Gesundheits-, Migrations- und Bildungspolitik erfolgen. Diese Aufgaben seien weitgehend in kantonaler Kompetenz. Die Gemeinden werden neu in der Sozialhilfe alleine die Folgen von übergeordneten Entscheidungen zu tragen haben und können in der heutigen mobilen und vernetzten Gesellschaft selber keinen nennenswerten präventiven Beitrag leisten. (bt)